

Junge Menschen und Demokratie in Österreich 2022

Janine Heinz / Martina Zandonella

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
1 Wie geht es den jungen Menschen?	6
2 Was denken die jungen Menschen über die Demokratie in Österreich?	10
3 Wo informieren sich die jungen Menschen über Politik?	15
4 Mit wem sprechen die jungen Menschen über Politik und welche politischen Themen beschäftigen sie?	18
5 In welcher Form und in welchem Ausmaß beteiligen die jungen Menschen sich?	21
6 Wie bewerten die jungen Menschen ihre schulische politische Bildung?	25
7 Zusammenfassung	28
Literatur.....	30
Abbildungen.....	31

Daten zur Untersuchung

Thema:	Junge Menschen und Demokratie in Österreich
Auftraggeber:innen:	Österreichisches Parlament
Beauftragtes Institut:	SORA Institute for Social Research and Consulting, Wien
Erhebungsgebiet:	Österreich
Grundgesamtheit:	16- bis 26-Jährige mit Wohnsitz in Österreich
Stichprobenumfang:	n=323
Art der Befragung:	Telefon (CATI) und Online (CAWI)
Befragungszeitraum:	7. September bis 21. Oktober 2022

Einleitung

Demokratie lebt von Gleichwertigkeit, geteilten Werthaltungen und wirksamer Mitbestimmung. Wie es um diese Fundamente bestellt ist, untersucht der Demokratie Monitor seit 2018 einmal pro Jahr. Er setzt sich damit auseinander, was die Menschen über Demokratie denken, wie sie das politische System in Österreich erleben und in welchem Ausmaß bzw. in welcher Weise sie sich am politischen Geschehen beteiligen. Demokratische Grundhaltungen und Partizipation sind jedoch kein Automatismus. Sie müssen vermittelt und aktiv gelebt werden, um auch in Zukunft Bestand zu haben. Wie junge Menschen das politische System wahrnehmen und wie sie sich beteiligen, spielt demzufolge eine zentrale Rolle.

Wie blicken die jungen Menschen in Österreich auf die Demokratie und wo verorten sie sich selbst im politischen Prozess? Diese Fragen stehen im Zentrum einer jährlichen Zusatzbefragung und Sonderauswertung des Demokratie Monitors, durchgeführt im Auftrag des Österreichischen Parlaments. Datengrundlage ist die jährliche Erhebung des Demokratie Monitors. Für das Jahr 2022 wurden insgesamt 2.164 Menschen befragt, 323 davon sind zwischen 16 und 26 Jahre alt. Die Datenerhebung wurde zwischen dem 7. September und 21. Oktober 2022 mittels telefonischer (CATI) und Online-Erhebung (CAWI) durchgeführt.

Der vorliegende Bericht beinhaltet die Ergebnisse der Sonderauswertung des Demokratie Monitors 2022 und der entsprechenden Zusatzbefragung der jungen Menschen in Österreich. Er umfasst folgende Themen:

- Wie geht es den jungen Menschen in Zeiten multipler Krisen?
- Was denken die 16- bis 26-Jährigen über die Demokratie in Österreich?
- Wo informieren sie sich über Politik?
- Mit wem sprechen sie über Politik und welche politischen Themen beschäftigen sie?
- In welcher Form und in welchem Ausmaß beteiligen sich die jungen Menschen an Politik und Zivilgesellschaft?
- Wie bewerten sie ihre schulische politische Bildung?

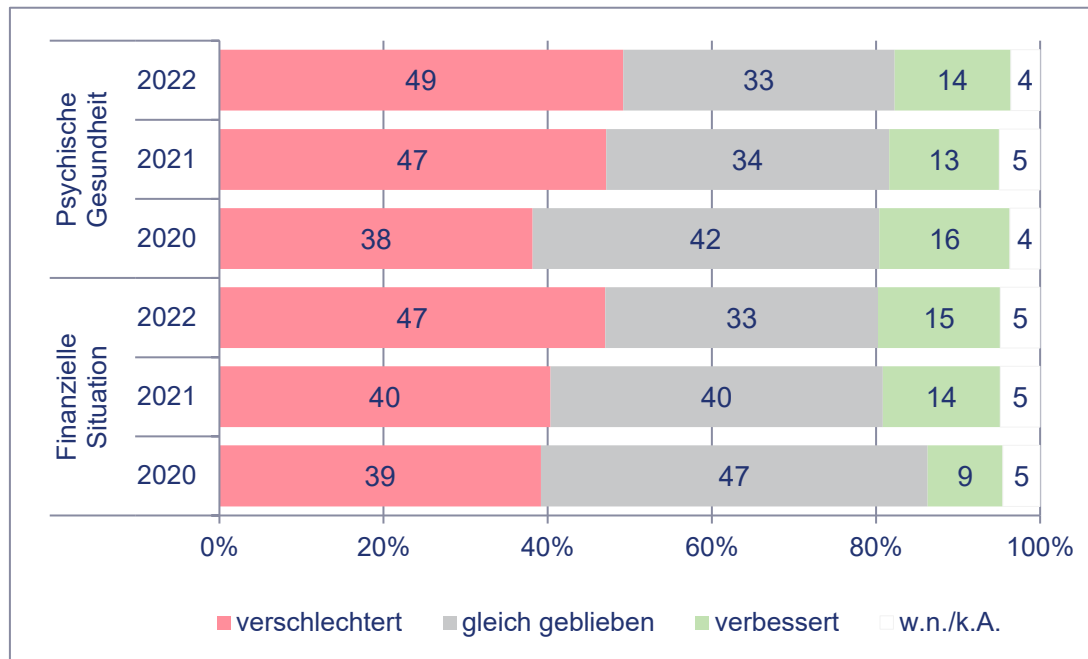
Hinweis zur Interpretation der Ergebnisse

Bei der Interpretation von Unterschieden zwischen Teilgruppen bzw. von Veränderungen über die Zeit sind Schwankungsbreiten zu berücksichtigen. Schwankungsbreiten geben mit Bezug auf die Größe der Stichprobe (und mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%) jenen Bereich an, innerhalb dessen der „wahre“ Prozentwert in der Grundgesamtheit liegt. Befinden sich die beiden zu vergleichenden Prozentwerte innerhalb der ermittelten Schwankungsbreite, ist der Unterschied nicht signifikant. Als Richtwert kann bei $n=300$ die maximale Schwankungsbreite von $\pm 5,5\%$ herangezogen werden: Bei einem Stichprobenwert von 50% liegt der „wahre“ Wert also zwischen 44,5% und 55,5%. Sämtliche der im Folgenden berichteten Unterschiede zwischen Teilgruppen bzw. Veränderungen über die Zeit wurden auf statistische Signifikanz geprüft.

1 Wie geht es den jungen Menschen?

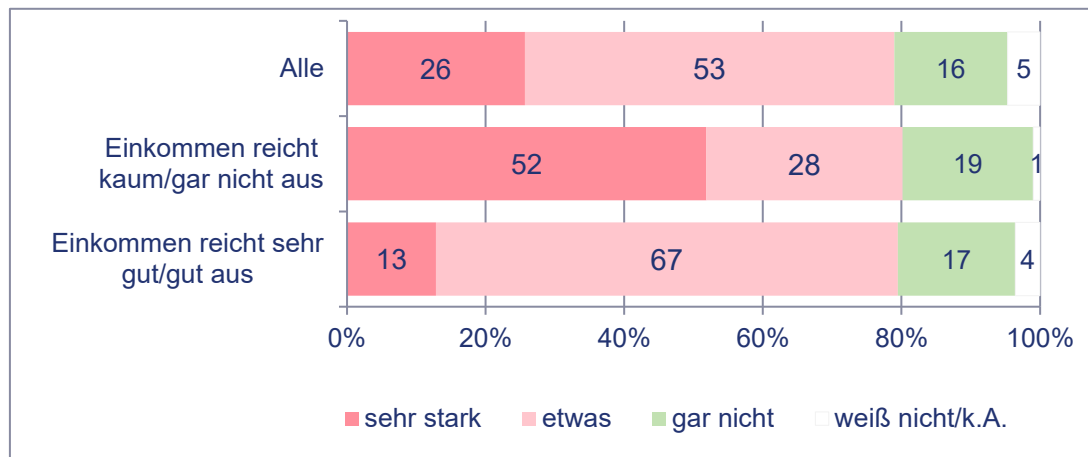
Rund drei Jahre ist es her, als am 25. Februar 2020 in Österreich der erste Fall des Corona-Virus diagnostiziert wurde. Die Pandemie dauert nach wie vor an, die Gefährdungslage hat sich jedoch – Stand Dezember 2022 – entschärft. Währenddessen vervielfachten sich die Krisen: Am 24. Februar 2022 marschierten russische Truppen in die Ukraine ein. Die Rückkehr des Krieges nach Europa befeuerte eine bereits entstehende Inflationsentwicklung, die derzeit eine durchschnittliche Preissteigerung von mehr als 10% bedingt (Statistik Austria 2022). Wie geht es jungen Menschen in Österreich angesichts von Teuerung, Krieg, Pandemie und Klimawandel?

Gerade die Pandemie traf junge Menschen in einer Lebensphase voller Umbrüche. Berufsentscheidungen müssen getroffen werden, Ausbildungen werden begonnen und abgeschlossen, der Berufseinstieg ist zu bewältigen, der Auszug von zuhause findet statt, Beziehungen werden geknüpft und möglicherweise steht bereits die eigene Familiengründung an. Dieses In-die-Welt-gehen bzw. das Finden des eigenen Platzes in der Gesellschaft wurde durch die Pandemie für viele junge Menschen unterbunden – mit entsprechenden Auswirkungen. Denn obwohl sich die Pandemie inzwischen deutlich entschärft hat, berichtet nach wie vor rund die Hälfte (49%) der 16- bis 26-Jährigen von einer Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit (Abbildung 1). Die psychosozialen Folgen der Pandemie äußern sich dabei allen voran in depressiven Symptomen, Ängsten, Erschöpfung und Einsamkeit (Zandonella & Hoser 2021). Auch in Hinblick auf die ökonomische Lage der jungen Menschen kann keine Entwarnung gegeben werden – im Gegenteil: Mittlerweile ist rund die Hälfte (47%) der jungen Menschen von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Situation betroffen, 2021 waren es noch 39% (Abbildung 1).

Abbildung 1: Psychische und finanzielle Folgen der Krisen

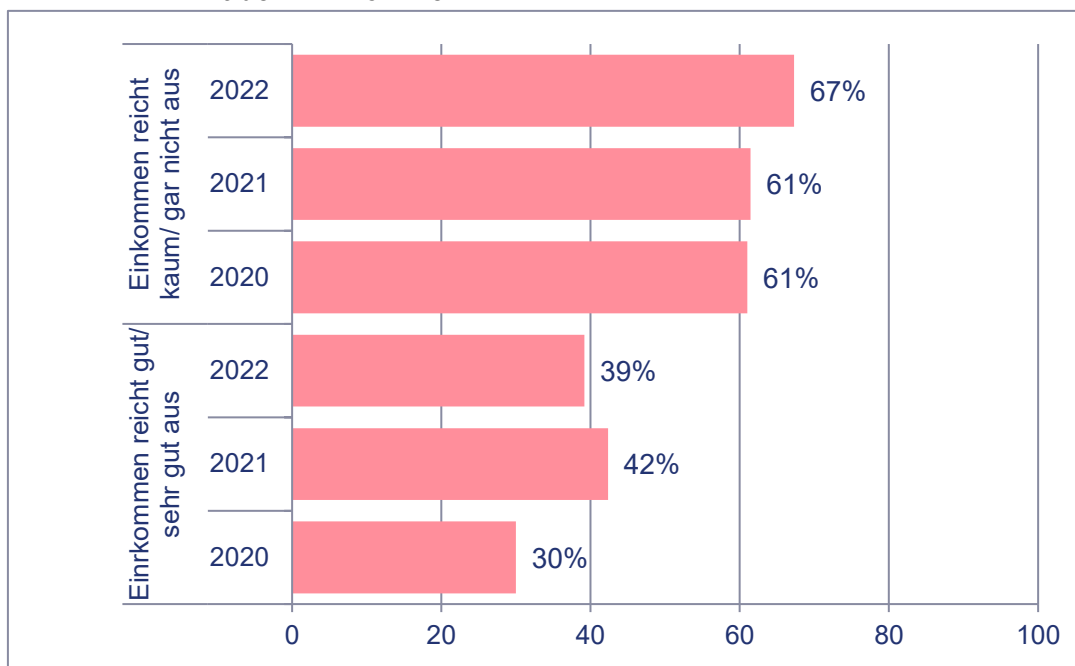
Frage im Wortlaut: „Hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren, also seit Beginn der Corona-Pandemie, die finanzielle Situation Ihres Haushalts / Ihre psychische Gesundheit verbessert, verschlechtert oder ist sie gleich geblieben?“

Die erneute Verschärfung der finanziellen Lage hängt mit der Inflation zusammen: Rund ein Viertel der jungen Menschen (26%) musste sich zum Zeitpunkt der Erhebung wegen der Preissteigerungen bereits sehr stark einschränken, insgesamt berichten 79% von notwendigen finanziellen Einschränkungen. Hinzu kommt, dass Krisen und ihre Folgen nicht alle Bevölkerungsgruppen im gleichen Ausmaß treffen – dies wurde bereits in den letzten Sonderauswertungen deutlich und in anderen Studien mehrfach aufgezeigt (Shantz 2010, Kaporiri & Ross 2018, aktuell für Österreich: Schönherr 2022, Zandonella 2021, Zandonella & Hoser 2022). Auch unter den jungen Menschen berichtet aktuell rund die Hälfte jener, deren Einkommen kaum bzw. nicht ausreicht, von sehr starken Einschränkungen. Demgegenüber müssen sich nur 13% ihrer ressourcenstärkeren Alterskolleg:innen sehr stark einschränken (Abbildung 2). Insgesamt befindet sich circa ein Drittel (35%) der 16- bis 26-Jährigen in Österreich in einer prekären finanziellen Lage – ihr Einkommen reicht kaum oder gar nicht zum Leben aus.

Abbildung 2: Einschränkungen im Alltag aufgrund der Teuerung

Frage im Wortlaut: „Derzeit wird vieles teurer. Müssen Sie sich deswegen im Alltag sehr stark, etwas oder gar nicht einschränken?“

Ökonomische Ungleichheit wirkt sich auch auf die psychosoziale Gesundheit aus (zuletzt für Wien: Zandonella 2021). Im Jahresvergleich wird die dahingehende Entwicklung für die jungen Menschen deutlich: So waren jene in prekärer finanzieller Lage nicht nur akut, sondern sind nach wie vor besonders stark von den psychosozialen Folgen der Pandemie betroffen: Bereits im Herbst 2020 berichteten rund sechs von zehn von einer Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit. Ein Jahr später – im Herbst 2021 – waren es ebenso viele. Im Gegensatz dazu haben im Herbst 2020 mit 30% nur halb so viele junge Menschen ohne finanzielle Sorgen von einer Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit berichtet. Ihre Resilienz hat jedoch mit zunehmender Dauer der Pandemie abgenommen: Im Herbst 2021 waren 42% betroffen. Derzeit ist bei den jungen Menschen in prekärer finanzieller Lage eine erneute Verschärfung zu beobachten: Aktuell berichten zwei Drittel von einer Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit. Unter den ressourcenstärkeren 16- bis 26-Jährigen ist die Lage im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben (Abbildung 3).

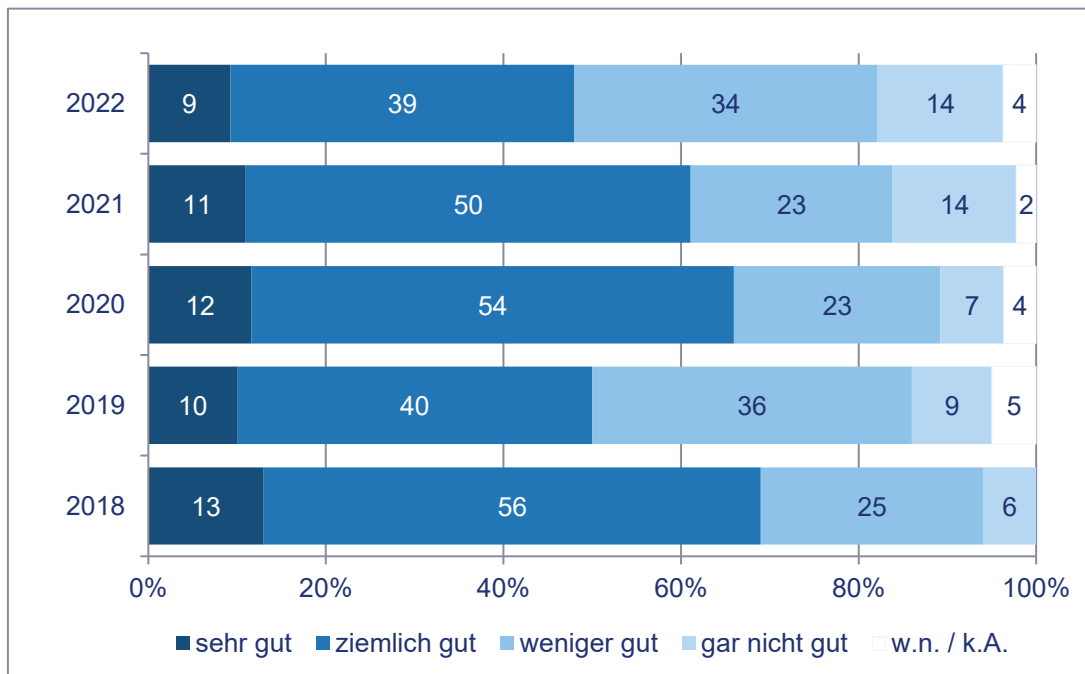
Abbildung 3: Verschlechterung der psychischen Gesundheit nach Auskommen mit dem Einkommen

Frage im Wortlaut: „In den letzten Monaten hat die Corona Pandemie unseren Alltag stark verändert. Wie ist das bei Ihnen: Hat sich im Zuge der Pandemie Ihre psychische Gesundheit verbessert, verschlechtert oder ist sie gleichgeblieben?“ Dargestellt: verschlechtert.

2 Was denken die jungen Menschen über die Demokratie in Österreich?

Die multiplen Krisenerfahrungen wirken sich auch auf das Systemvertrauen aus: Dass unser politisches System gut funktioniert, denken aktuell nur 48% der jungen Menschen, ebenso viele zweifeln daran. Das Vertrauen ist damit wieder auf das Niveau von 2019 abgesackt, als die Ibiza-Affäre das Land erschüttert hat (Abbildung 4). Im Jahresvergleich ist das Vertrauen bei allen Gruppen von jungen Menschen gesunken – bei jungen Frauen und jungen Männern, bei den 16- bis 20-Jährigen und 21- bis 26-Jährigen, bei den jungen Menschen in Ausbildung und den Erwerbstätigen, bei jungen Menschen in der Stadt und jenen auf dem Land. Hervor sticht jedoch, dass die Betroffenheit von den Folgen der Krisen das Systemvertrauen besonders stark nach unten drückt: 62% der jungen Menschen, deren psychische Gesundheit sich infolge der Pandemie verschlechtert hat, zweifeln am politischen System. Auch rund zwei Drittel (65%) jener, deren finanzielle Lage unter den Pandemiefolgen leidet, sind mit dem politischen System nicht zufrieden. Ähnlich ist das Bild unter den jungen Menschen, die sich in ihrem Alltag aufgrund der Teuerung sehr stark einschränken müssen: Auch unter ihnen bewerten 64% das politische System negativ.

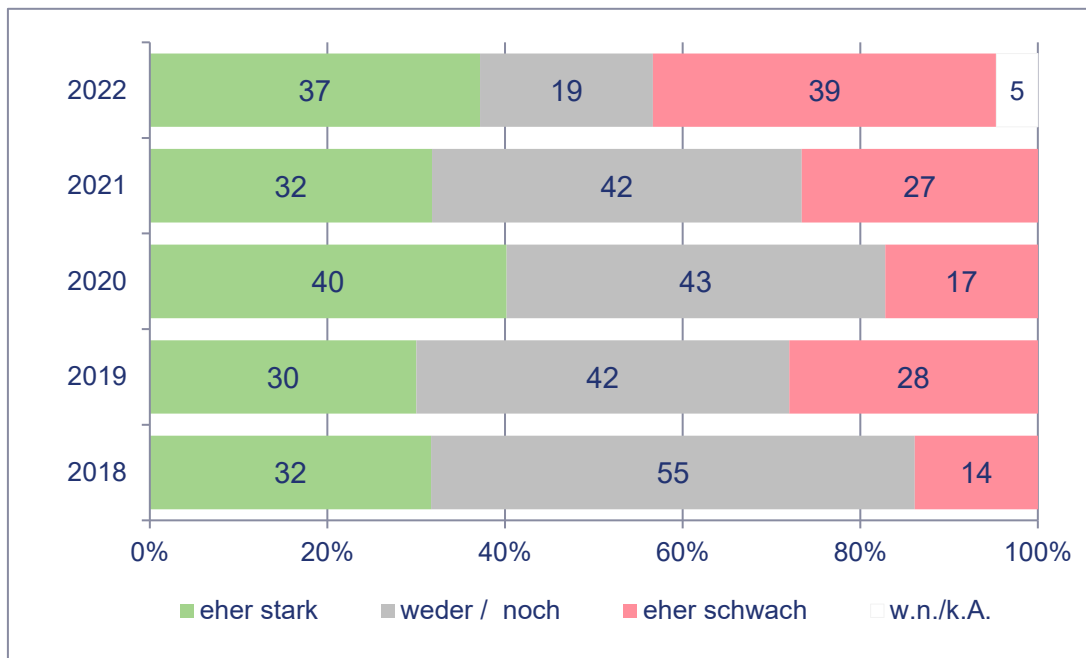
Abbildung 4: Bewertung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems



Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“

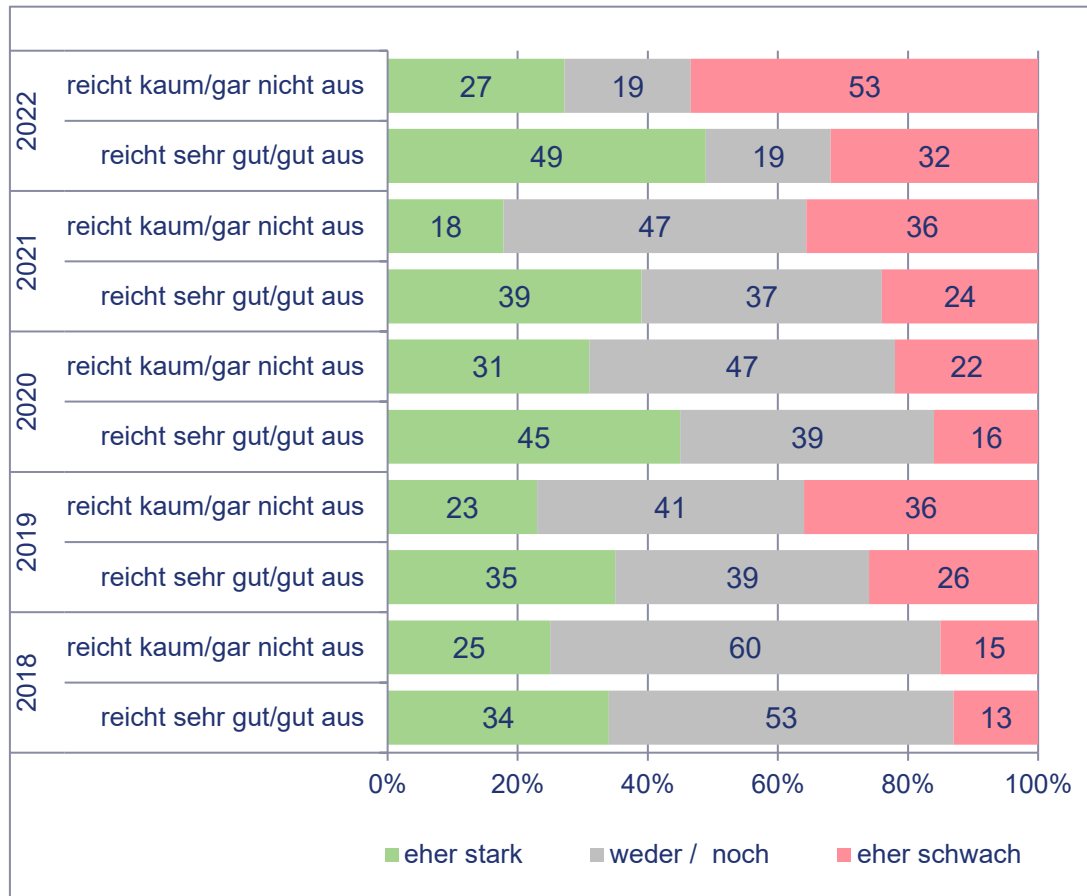
Das stark angeschlagene Systemvertrauen spiegelt sich auch an anderer Stelle: Derzeit denken 39% der jungen Menschen, dass die Demokratie in Österreich eher schwach ist – ein Plus von 12 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr (Abbildung 5). Besonders weit verbreitet ist diese Ansicht wiederum unter jenen, die unter den psychosozialen und finanziellen Folgen der Pandemie leiden – jeweils 62% von ihnen empfinden unsere Demokratie als eher schwach.

Abbildung 5: Ist die Demokratie in Österreich eher stark oder eher schwach?



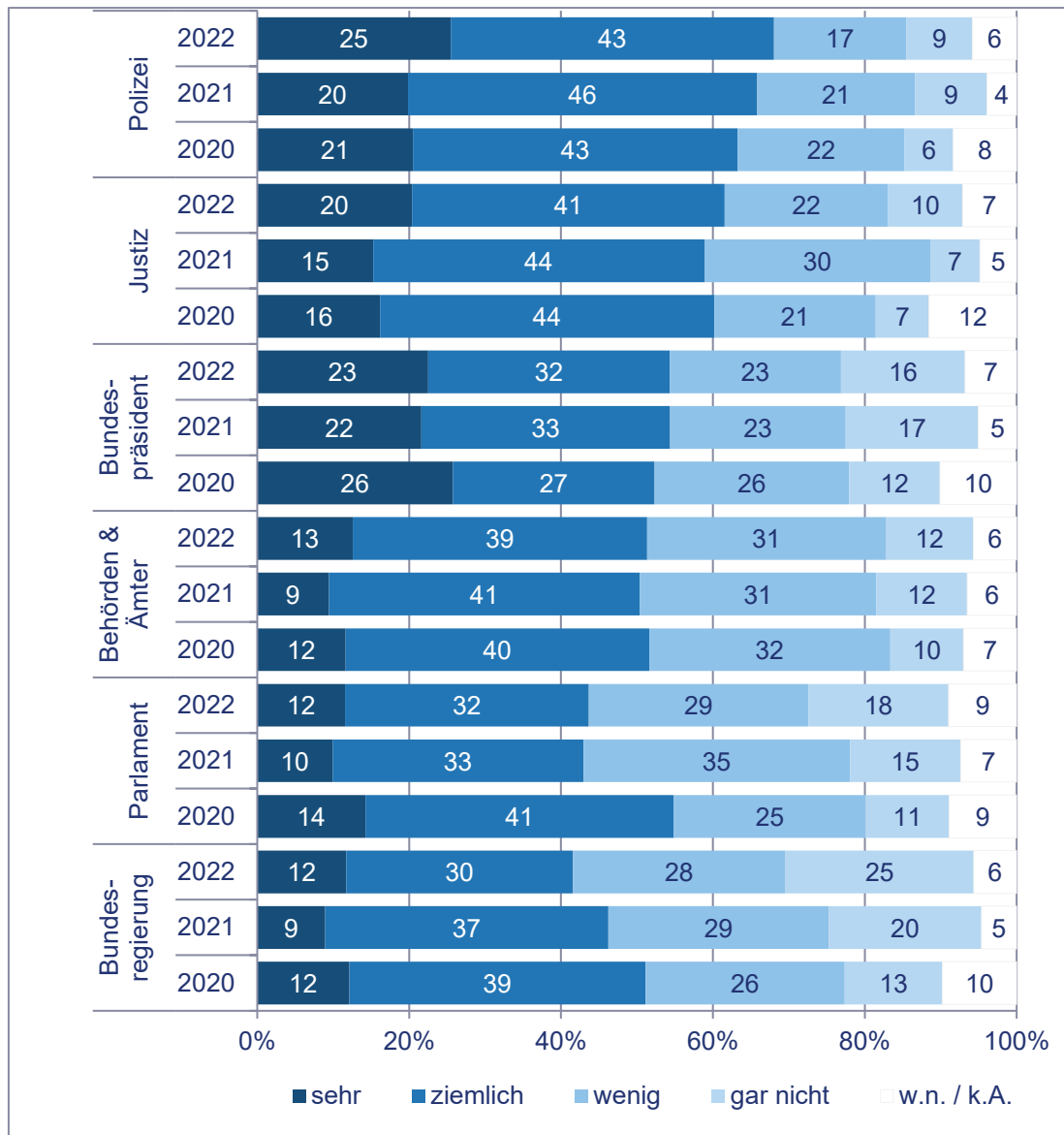
Frage im Wortlaut: „Was meinen Sie: Ist die Demokratie in Österreich eher stark oder eher schwach?“

Abgesehen von den aktuellen Auswirkungen der letzten zweieinhalb Jahre belastet ökonomische Unsicherheit das Vertrauen in die Demokratie dauerhaft (Zandonella & Ehs 2021, Zandonella 2020). Dies gilt auch für die jungen Menschen: Seit 2019 haben die 16- bis 26-Jährigen in finanziell prekärer Lage häufiger als ihre ressourcenstärkeren Alterskolleg:innen den Eindruck, dass die Demokratie in Österreich eher schwach ist. Dieses Jahr fällt der Unterschied mit 19 Prozentpunkten besonders groß aus – inzwischen denkt die Mehrzahl der jungen Menschen in prekärer finanzieller Lage, dass unsere Demokratie eher schwach ist (Abbildung 6).

Abbildung 6: Bewertung der Demokratie nach Auskommen mit dem Einkommen

Frage im Wortlaut: „Was meinen Sie: Ist die Demokratie in Österreich eher stark oder eher schwach?“

Im Gegensatz zum politischen System in seiner Gesamtheit sind die einzelnen Institutionen der Demokratie in geringerem Ausmaß vom Vertrauensverlust betroffen. Im Jahresvergleich blieb das Vertrauen gegenüber den meisten Institutionen konstant, eine über die vergangenen drei Jahre hinweg negative Entwicklung ist jedoch für das Parlament und die Bundesregierung festzuhalten. Derzeit vertrauen 68% der jungen Menschen der Polizei (sehr oder ziemlich), 61% der Justiz und 55% dem Bundespräsidenten und den Behörden (52%). Sowohl dem Parlament (44%) als auch der Bundesregierung (42%) vertraut inzwischen weniger als die Hälfte der jungen Menschen – 2020 war dies noch anders (Abbildung 7).

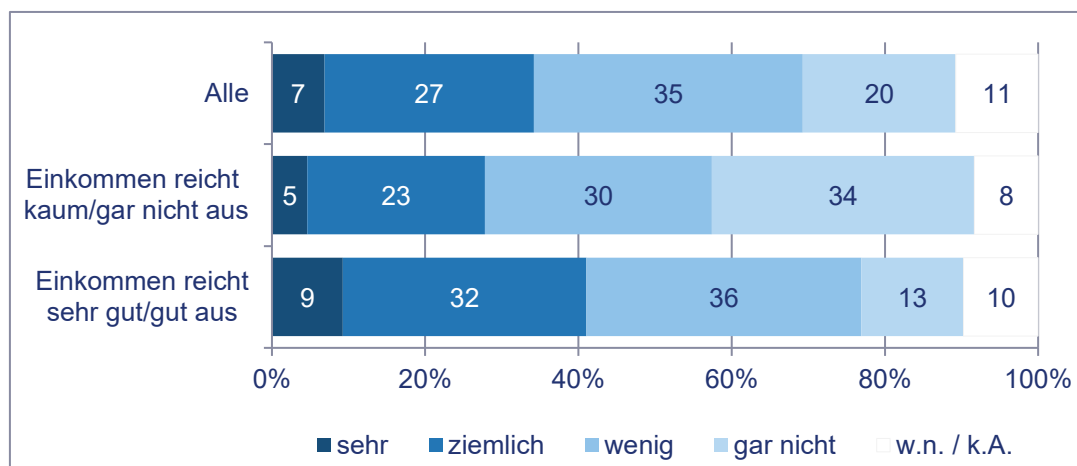
Abbildung 7: Institutionenvertrauen

Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie den folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“

Auch das Vertrauen in das Parlament leidet unter den Folgen der Krisen: Nur 32% der jungen Menschen, deren finanzielle Lage sich in den letzten zweieinhalb Jahren verschlechtert hat, vertrauen dem Zentrum der repräsentativen Demokratie. Selbiges gilt für 35% jener jungen Menschen, deren psychische Gesundheit beeinträchtigt wurde. Wie stark das Vertrauen mit ökonomischer Ungleichheit zusammenhängt, zeigt sich entlang des Auskommens mit dem Einkommen: 53% der jungen Menschen ohne finanzielle Sorgen vertrauen dem Parlament, jedoch nur 26% jener, deren Einkommen kaum oder nicht ausreicht.

Hinter dem insgesamt geringen Vertrauen in das Parlament verbirgt sich auch mangelnde Repräsentation: 55% der jungen Menschen denken, dass Menschen wie sie wenig oder gar nicht im Parlament vertreten sind. Auch hier sind die Unterschiede nach ökonomischer Ungleichheit groß: Bereits 49% der jungen Menschen ohne finanzielle Sorgen finden sich (bzw. ihre politischen Anliegen) im Parlament nicht wieder. Selbiges gilt jedoch für 64% der jungen Menschen, deren Einkommen kaum oder gar nicht ausreicht (Abbildung 8).

Abbildung 8: Repräsentation im Parlament

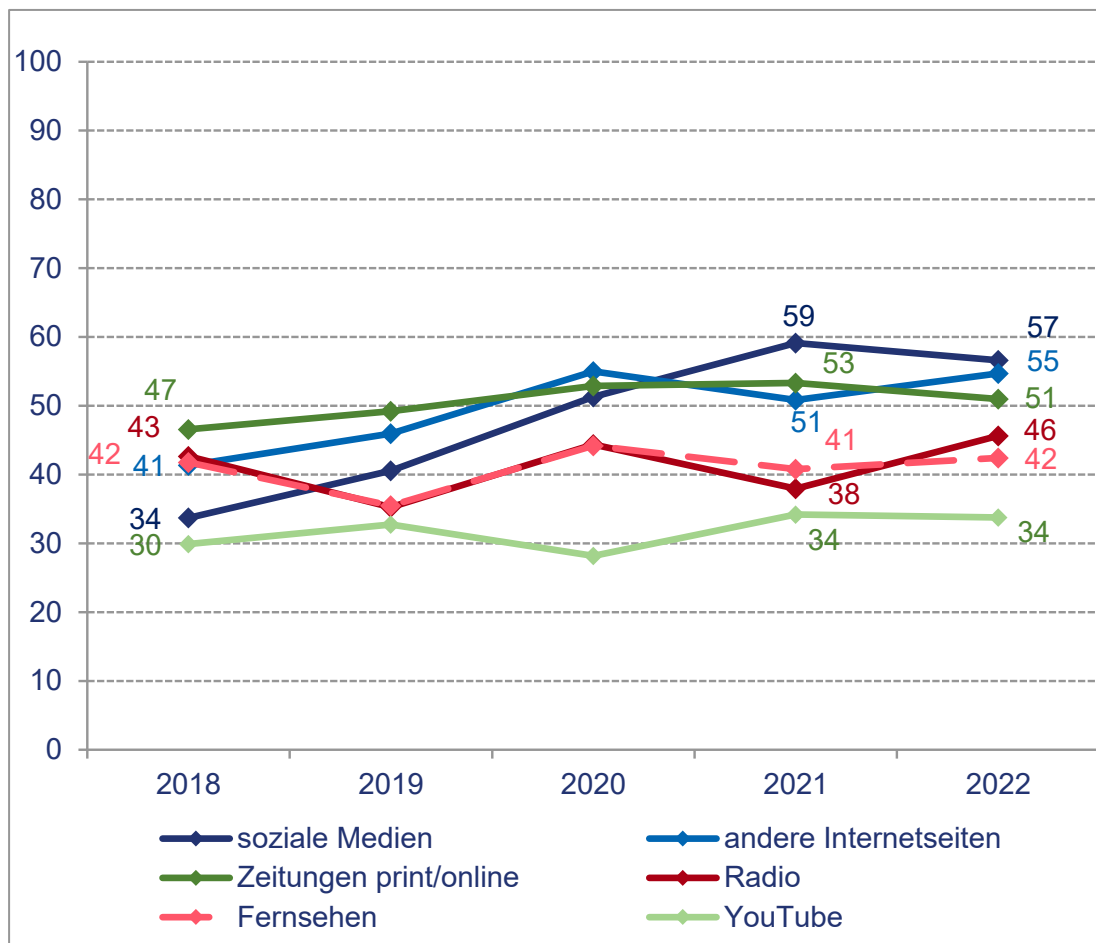


Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?
Im österreichischen Parlament sind Menschen wie ich gut vertreten.“

3 Wo informieren sich die jungen Menschen über Politik?

Seit Beginn der Erhebungen im Jahr 2018 ist die Mediennutzung der jungen Menschen ein zentraler Bestandteil der Untersuchung: Welche Quellen nutzen die 16- bis 26-Jährigen, um sich über politische Themen zu informieren?

Soziale Medien haben sich im Laufe der Jahre zur Bezugsquelle Nummer eins für politische Informationen entwickelt – ihre Nutzung ist bis 2021 stetig angestiegen: Nutzten 2018 noch 34% der jungen Menschen die sozialen Medien zumindest einmal wöchentlich, um sich über politische Inhalte zu informieren, waren sie 2021 mit 59% bereits die wichtigste Informationsquelle. Dieser Anstieg könnte nun ein Plateau erreicht haben, denn zum ersten Mal seit Erhebungsbeginn ist die Nutzung sozialer Medien als Quelle für politische Informationen nicht mehr weiter gestiegen: Derzeit nutzen 57% der jungen Menschen Plattformen wie Instagram, TikTok oder Facebook zumindest einmal wöchentlich, gefolgt von anderen Internetseiten (55%). Im selben Zeitraum hat die Nutzung des klassischen Mediums Zeitung (Print und online) nicht an Bedeutung verloren – rund die Hälfte der 16- bis 26-Jährigen informieren sich nach wie vor auf diesem Weg über politische Inhalte. Die deutlichste Veränderung zum Vorjahr ist in Bezug auf das Radio erkennbar: Während 2021 38% das Radio als Informationsquelle nutzten, stieg dieser Anteil heuer auf 46% und damit auf den Ausgangswert von 2018 an. Die Nutzung von Fernsehen und YouTube hat sich im Jahresvergleich nicht verändert: das Fernsehen dient für rund jeden vierten jungen Menschen, YouTube für ein Drittel als Bezugsquelle für politische Inhalte (Abbildung 9).

Abbildung 9: Zumindest einmal wöchentlich genutzte Medien

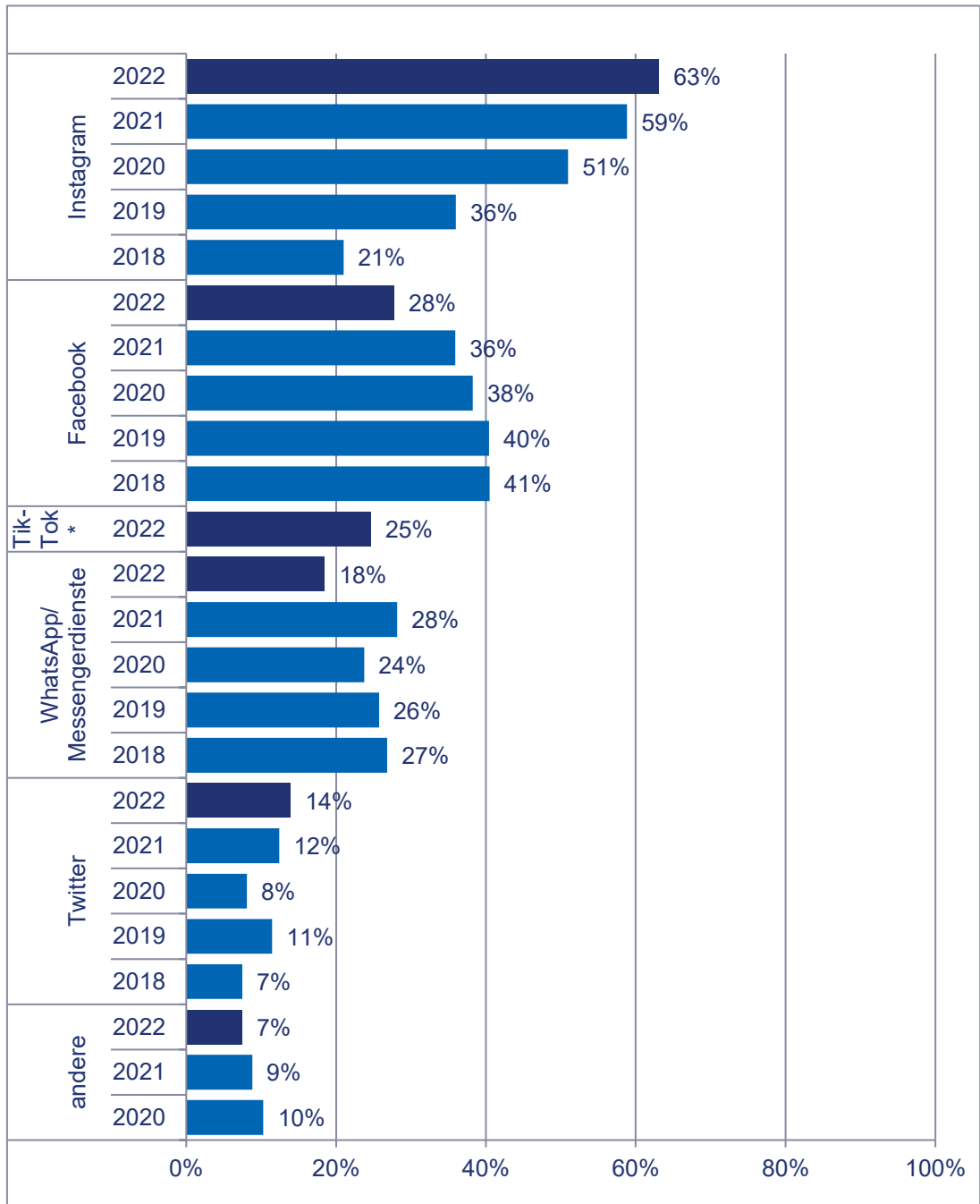
Frage im Wortlaut: „Informieren Sie sich nie, selten, einmal pro Woche, mehrmals pro Woche oder täglich über politische Themen ...?“. Angaben in Prozent, die Kategorien „einmal pro Woche“, „mehrmals pro Woche“ und „täglich“ wurden zusammengefasst.

Während das Informationsbedürfnis unter den jungen Menschen zwischen 2018 und 2021 anstieg, deutet sich heuer ein gegenteiliger Effekt an: Zieht man jene 16- bis 26-Jährigen heran, die für alle Quellen angeben, sie „nie“ zu nutzen, sank der Anteil zwischen 2018 und 2021 von 7% auf 1%. 2022 sind es insgesamt 5%, die sich in keiner der oben angeführten Quellen über politische Inhalte informieren.

2020 war das Jahr, in dem Instagram erstmals zur wichtigsten Quelle für politische Inhalte wurde. Dieser Trend setzt sich bis in das Jahr 2022 fort: 63% der jungen Menschen nutzen die Video- und Bilderplattform des Metaverse, um sich über Politik zu informieren. Facebook bleibt 2022 trotz Rückgang in der Nutzung noch knapp auf dem zweiten Platz und wird von 28% der jungen Menschen genutzt, direkt gefolgt von TikTok (25%). Dabei ist TikTok vor allem bei den 16- bis 19-Jährigen beliebt. Von ihnen nutzt rund die Hälfte die Kurzvideo-Plattform für den Bezug von politischen Informationen.

WhatsApp und andere Messengerdienste haben demgegenüber an Bedeutung verloren. Sie werden 2022, ebenso wie Twitter, von weniger als einem Fünftel der 16- bis 26-Jährigen genutzt (Abbildung 10).

Abbildung 10: Soziale Medien als Quelle für Informationen über Politik

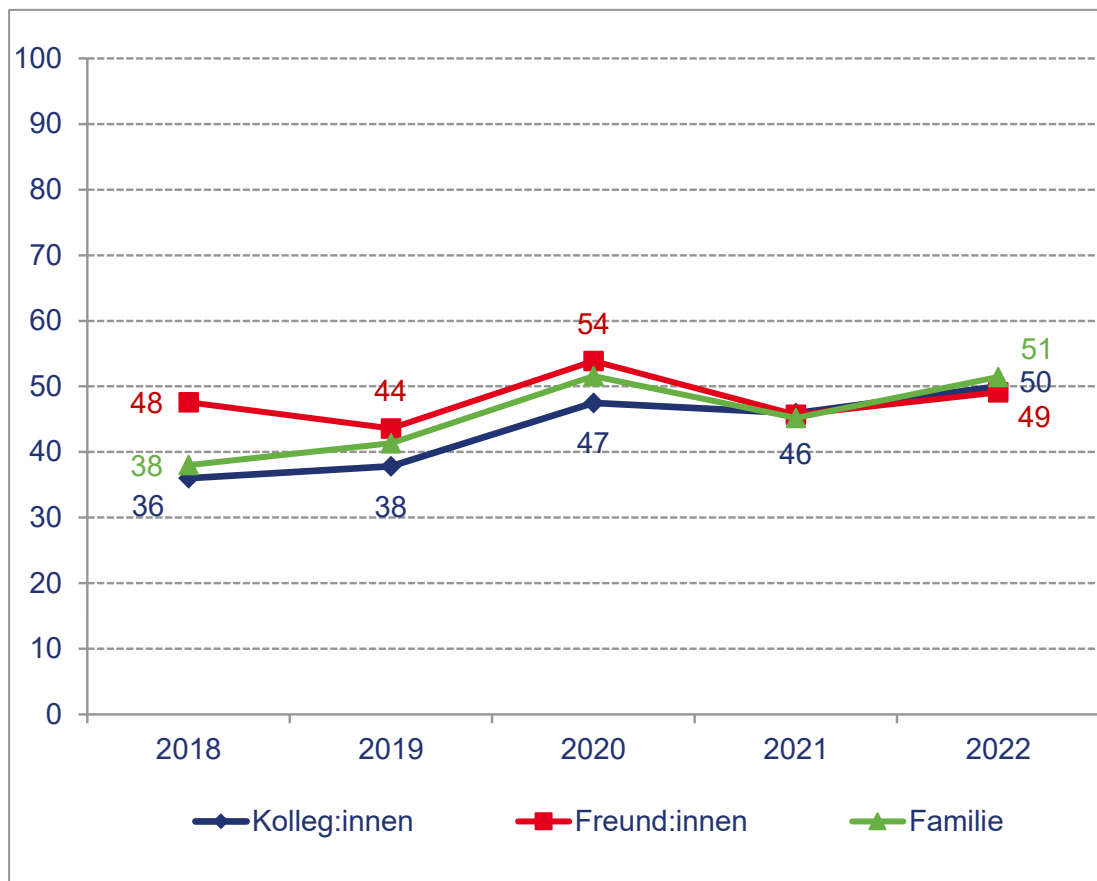


Anmerkung: Frage im Wortlaut: „Und in welchen Sozialen Medien informieren Sie sich da?“
Angaben in Prozent aller befragten jungen Menschen. *TikTok wurde 2022 erstmals abgefragt.

4 Mit wem sprechen die jungen Menschen über Politik und welche politischen Themen beschäftigen sie?

Die Corona-Pandemie führte 2020 dazu, dass sich mehr junge Menschen mit ihrem Umfeld über politische Inhalte austauschten. Während sich 2021 wieder weniger 16- bis 26-Jährige mit ihrer Familie über Politik unterhielten, ist 2022 erneut ein leichter Anstieg zu verzeichnen: Die Hälfte der jungen Menschen spricht zumindest einmal wöchentlich mit Angehörigen über politische Themen. Keine Veränderung ist im Jahresvergleich in Hinblick auf den Austausch mit Freund:innen und Kolleg:innen zu beobachten: Nach wie vor spricht knapp die Hälfte der jungen Menschen zumindest einmal wöchentlich im Freundeskreis oder mit Schul- bzw. Arbeitskolleg:innen über Politik (Abbildung 11).

Abbildung 11: Gespräche über Politik mit Familie, Freund:innen, Kolleg:innen

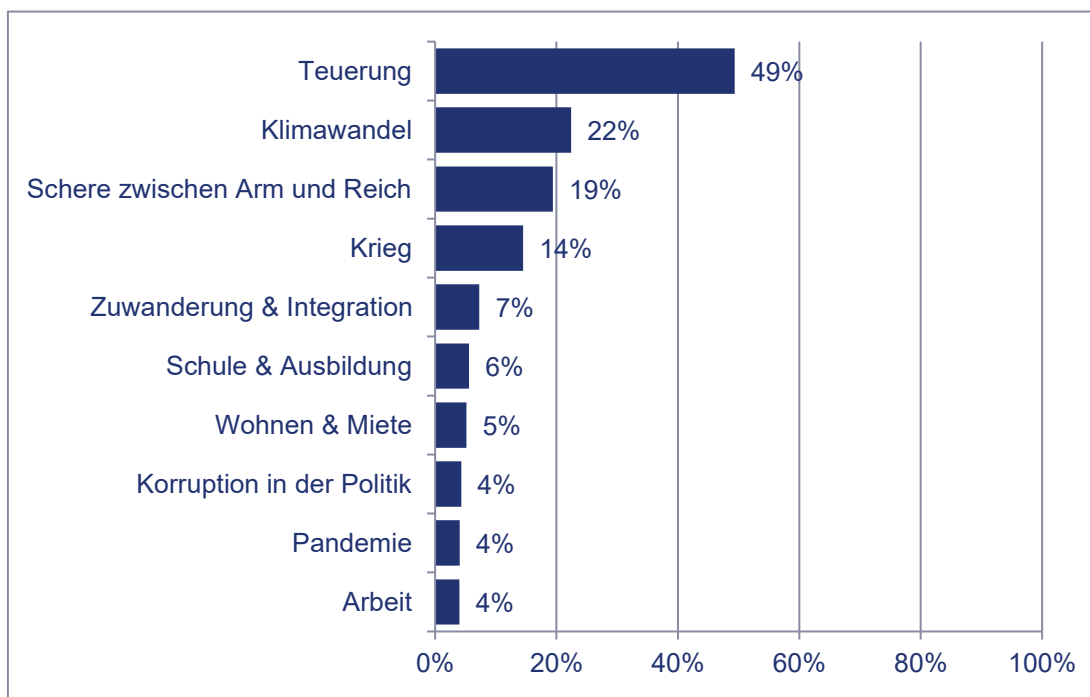


Frage im Wortlaut: „Und sprechen Sie mit Freund:innen / Familie / Kolleg:innen nie, selten, einmal pro Woche, mehrmals pro Woche oder täglich über politische Themen?“ Angaben in Prozent, die Kategorien „einmal pro Woche“, „mehrmals pro Woche“ und „täglich“ wurden zusammengefasst.

Das Bedürfnis nach Austausch und Diskussion kann auch daran gemessen werden, wie viele junge Menschen sich in ihrem Umfeld gar nicht über politische Themen unterhalten: Waren es 2018 noch knapp ein Fünftel, sank dieser Anteil 2019 auf 7%. In den beiden Pandemie-Jahren 2020 und 2021 tauschten sich nur noch vereinzelt 16- bis 26-Jährige nie über Politik aus, 2022 beträgt der Anteil wieder 6%.

Welche politischen Themen beschäftigen die jungen Menschen nun bzw. sind für sie besonders dringend? Diese Frage wurde auch heuer wieder offen gestellt – die Befragten konnten also frei heraus antworten und ihre Antworten wurden erst im Rahmen der Datenauswertung kategorisiert. Bei den dringendsten politischen Anliegen der jungen Menschen steht die Teuerung an erster Stelle – sie beschäftigt rund die Hälfte der 16- bis 26-Jährigen. Dahinter folgen der Klimawandel und ökonomische Ungleichheit (jeweils rund ein Fünftel) sowie der Krieg in der Ukraine (14%) (Abbildung 12).

Abbildung 12: Die dringendsten politischen Anliegen der jungen Menschen



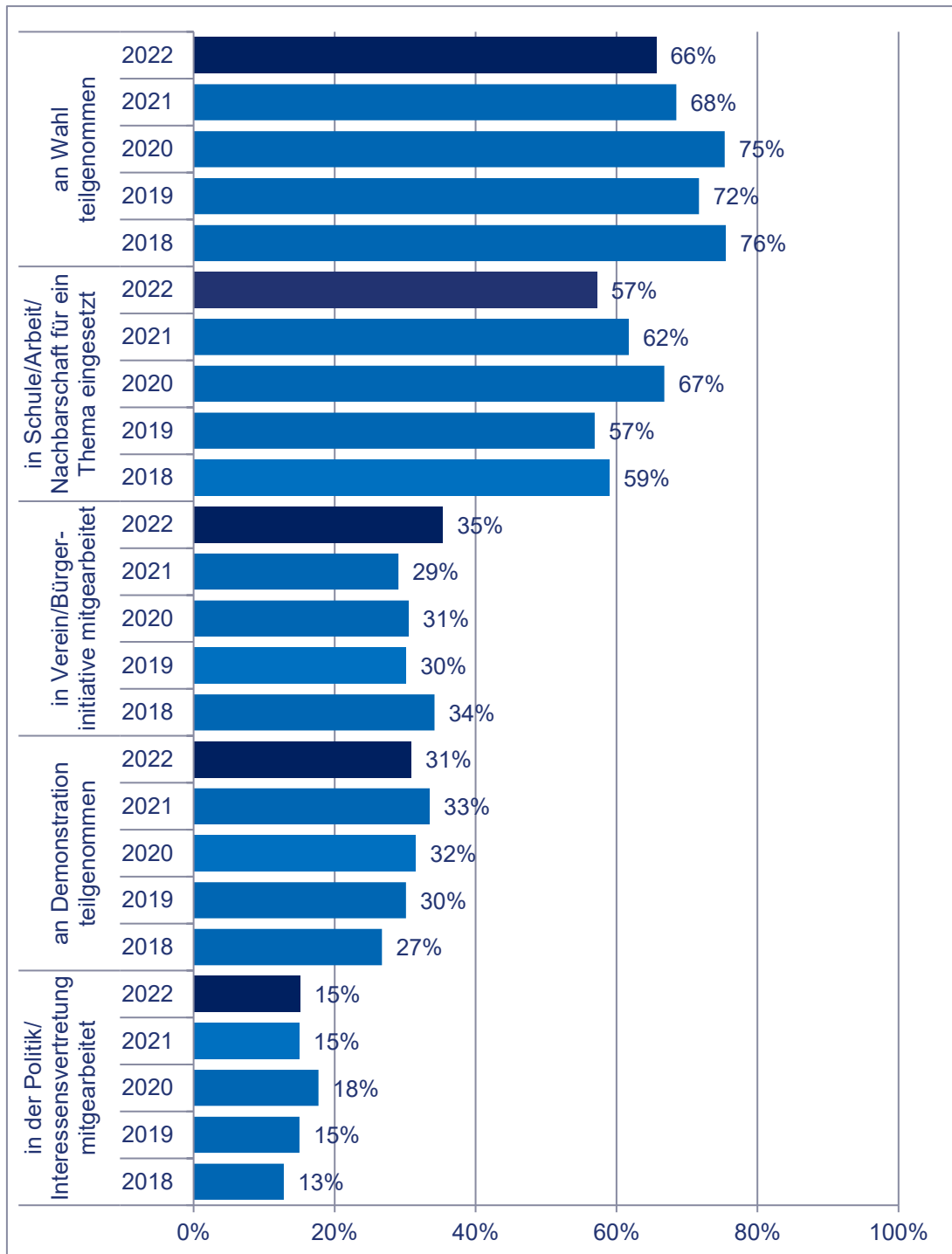
Frage im Wortlaut: „Und was ist im Moment Ihr dringendstes politisches Anliegen?“. Offene Frage mit Mehrfachantworten, Angaben in Prozent aller Antworten.

Die Vielfalt an Themen, welche die jungen Menschen beschäftigen, tritt in der gewichteten Visualisierung ihrer Antworten besser hervor als in der zusammengefassten Auflistung: Neben der im Befragungszeitraum stattgefundenen Bundespräsidentenwahl beschäftigt die 16- bis 26-Jährigen auch das Gesundheitssystem, leistbares Wohnen, Diskriminierungsschutz und Gleichberechtigung. Offenkundig ist aber die Teuerung das dringendste

5 In welcher Form und in welchem Ausmaß beteiligen die jungen Menschen sich?

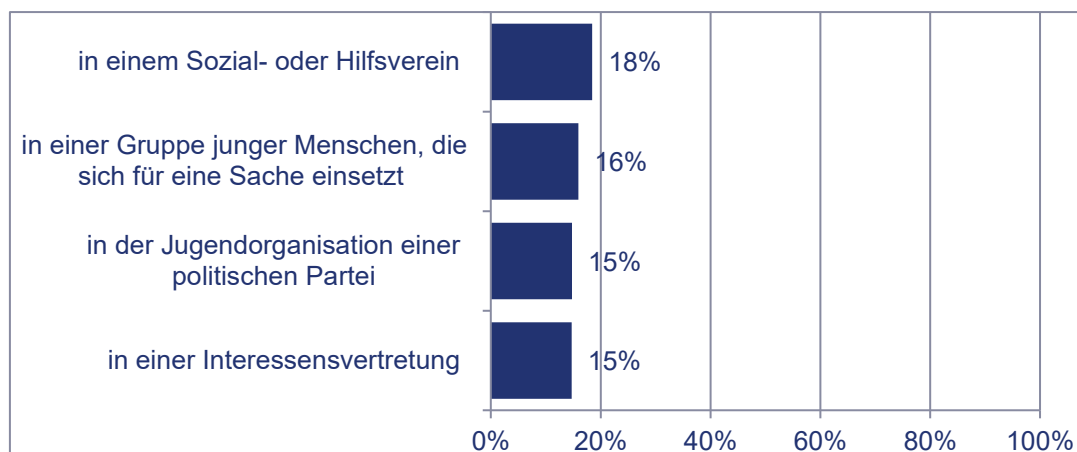
Die breite Beteiligung an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen ist ein wesentliches Merkmal funktionierender Demokratien. Auf welche Weise bringen die jungen Menschen sich und ihre Anliegen in Politik und Zivilgesellschaft ein?

Im Jahresvergleich unverändert ist die Teilnahme an Wahlen die häufigste Form der Beteiligung: Zwei Drittel der 16- bis 26-Jährigen gaben innerhalb der letzten fünf Jahren ihre Stimme bei einer Wahl ab. Wie in den Jahren zuvor folgt darauf die Beteiligung im direkten Umfeld: Mehr als die Hälfte der jungen Menschen (57%) hat sich in der Schule, der Arbeit oder der Nachbarschaft engagiert. Im Vergleich zu 2021 ging die Beteiligung im direkten Umfeld heuer etwas zurück, während die Mitarbeit in einem Verein bzw. einer Bürgerinitiative angestiegen ist: 2022 brachten 35% der jungen Menschen ihre Anliegen auf diese Art und Weise ein, letztes Jahr waren es noch 29%. Die Teilnahme an Demonstrationen blieb im Jahresvergleich wiederum stabil und stellt für rund ein Drittel der 16- bis 26-Jährigen ein Mittel zum Ausdruck ihrer politischen Forderungen dar. Auch die Mitarbeit in einer politischen Partei oder Interessensvertretung bleibt im Jahresvergleich unverändert und wird von 15% der jungen Menschen genutzt (Abbildung 14).

Abbildung 14: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation

Frage im Wortlaut: „Haben Sie in den letzten fünf Jahren ...?“

Betrachtet man die konkreten Organisationsformen, in denen sich junge Menschen engagieren, liegen Sozial- und Hilfsvereine gleichauf mit informell organisierten Gruppen, Jugendorganisationen, politischen Parteien und Interessensvertretungen: Zwischen 15% und 18% der 16- bis 26-Jährigen sind in der jeweiligen Form aktiv (Abbildung 15).

Abbildung 15: Form der Organisation

Frage im Wortlaut: „Und sind Sie aktiv in einer der folgenden Organisationen oder Gruppierungen?“

Ein Partizipations-Gap, also ein Spalt im Ausmaß der politischen Beteiligung, ergibt sich 2022 vor allem in Zusammenhang mit der Betroffenheit von Krisenfolgen: 16- bis 26-Jährige, deren finanzielle oder psychosoziale Situation sich in den letzten zweieinhalb Jahren verschlechtert hat, bringen sich in Parteiorganisationen, Sozial- und Hilfsvereinen sowie in selbstorganisierten Gruppen seltener ein als junge Menschen, die mit keinen Verschlechterungen zu kämpfen haben.

Zivilgesellschaftliche Beteiligung erfolgt zumeist freiwillig und unentgeltlich. Um auf die gesellschaftliche Bedeutung dieser Arbeit aufmerksam zu machen, hat das Parlament dem Thema Ehrenamt bzw. Freiwilligenarbeit einen Schwerpunkt gewidmet¹. Daran anschließend wurden in den Zusatzbefragungen zum Demokratie Monitor 2021 und 2022 auch die jungen Menschen zu ihrem ehrenamtlichen Engagement befragt: Wie im Jahr zuvor sind auch heuer wieder rund ein Fünftel der 16- bis 26-Jährigen ehrenamtlich tätig. Die meisten davon (insgesamt 20) sind im sozialen Bereich engagiert, weitere 15 bei Blaulichtorganisationen wie der Feuerwehr und der Rettung. Darauf folgen Sport und Bewegung, Politik sowie Kunst und Kultur. Im Bildungsbereich und dem Klimaschutz engagieren sich insgesamt sechs junge Menschen aus der Befragung, gefolgt von vier in Kirche und Religion.

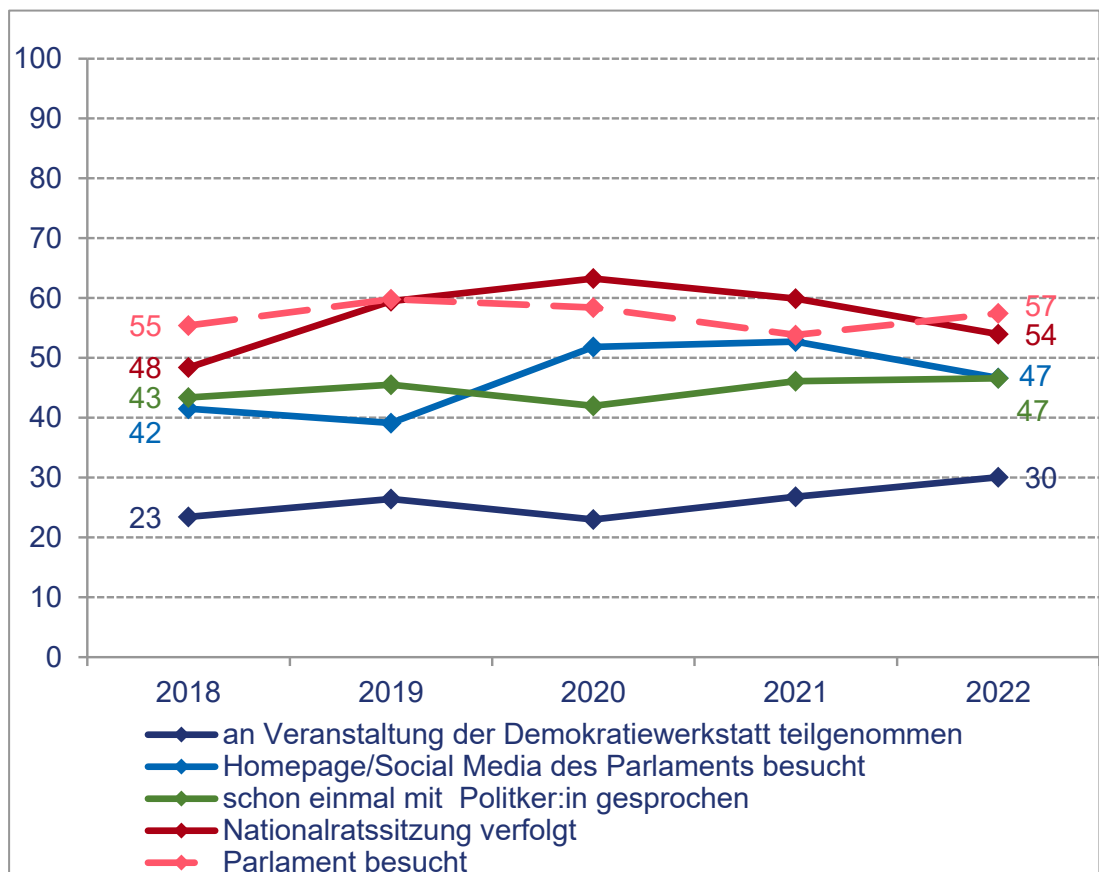
Politische Beteiligung setzt nicht nur Wissen und Kompetenzen voraus. Gerade bei jungen Menschen weckt der Kontakt mit demokratischen Institutionen Interesse, schafft Vertrauen und stellt Nähe sowie Verbindlichkeit her. Unter den 16- bis 26-Jährigen hatten bislang insgesamt 83% in zumindest einer Form Kontakt mit dem Parlament – sie haben die Homepage oder Social

¹ [Ehrenamt 2021 | Parlament Österreich](#)

Media aufgesucht, eine Nationalratssitzung verfolgt, das Parlament besucht, an der Demokratiewerkstatt teilgenommen oder mit einem:einer Politiker:in gesprochen. 17% der jungen Menschen hatten noch gar keinen der genannten Berührungspunkte mit dem Parlament.

Der Besuch des Parlaments und das Verfolgen von Nationalratssitzungen sind dabei die häufigsten Kontaktarten für die jungen Menschen: 57% von ihnen haben zumindest einmal das Parlament besucht, 54% eine Nationalratssitzung verfolgt. Das Interesse an den Nationalratssitzungen ist im Jahresvergleich etwas zurückgegangen (minus sechs Prozentpunkte). Eine ähnliche Entwicklung ist im Online-Kontakt zum Parlament zu beobachten: Mit 47% besuchten 2022 etwas weniger junge Menschen als 2021 die Homepage oder Social-Media-Kanäle des Parlaments (minus sechs Prozentpunkte). Rund die Hälfte hat schon einmal mit einem:einer Politiker:in gesprochen und jeder dritte junge Mensch hat an einer Veranstaltung der Demokratiewerkstatt teilgenommen – so viele wie noch nie seit Erhebungsbeginn im Jahr 2018 (Abbildung 16).

Abbildung 16: Kontakt zu demokratischen Institutionen und Akteur:innen



Frage im Wortlaut: „Haben Sie schon einmal...?“; Angaben in Prozent, die Antwortkategorien „einmal“ und mehrmals“ wurden zusammengefasst.

6 Wie bewerten die jungen Menschen ihre schulische politische Bildung?

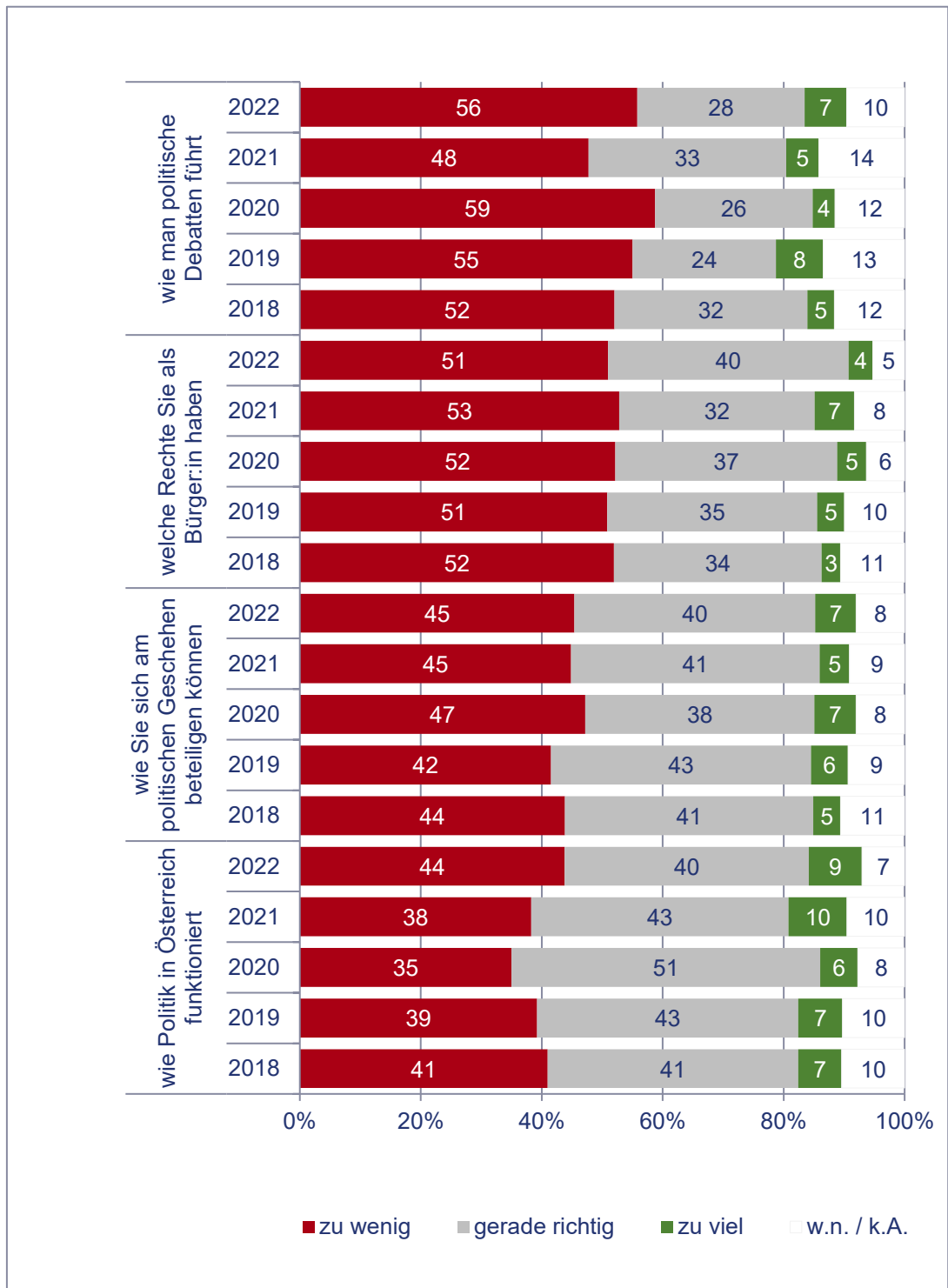
Der schulischen politischen Bildung kommt eine zentrale Stellung im Rahmen der politischen Sozialisation junger Menschen zu. Sie schafft demokratisches Bewusstsein, vermittelt Wissen sowie Kompetenzen und die Schule selbst ist ein Ort, an dem wirksame Beteiligung ge- und erlebt werden kann. Wie gut gelingt politische Bildung aus Sicht der jungen Menschen?

Die Bewertung der schulischen politischen Bildung wird seit 2018 anhand von zwei unterschiedlichen Kompetenzbereichen untersucht: *Sachkompetenz* umfasst das Verständnis, die Anwendung und die Umsetzung politischer Prozesse; *Handlungskompetenz* beinhaltet die Fähigkeit zum Verständnis politischer Positionen sowie die Fähigkeit, an der Lösung von gesellschaftlichen Problemen mitzuwirken (Krammer 2008).

Auch im Jahr 2022 bleibt der Blick der jungen Menschen auf ihre schulische politische Bildung kritisch: Nach wie vor berichtet rund die Hälfte von ihnen, zu wenig über ihre Rechte als Bürger:innen gelernt zu haben. Mit 45% ebenfalls gleich geblieben ist der Anteil, der zu wenig über politische Beteiligungsmöglichkeiten gelernt hat. So viele junge Menschen wie noch nie (44%) beanstanden heuer, dass die schulische politische Bildung zu wenig darüber vermittele, wie Politik in Österreich funktioniert. Auffällig ist außerdem, dass mit 56% heuer wieder mehr junge Menschen die Kompetenzvermittlung beim Führen politischer Debatten bemängelt (Abbildung 17). Dies kann damit zusammenhängen, dass entlang der multiplen Krisen – Klimawandel, Krieg, Inflation, Korruptionsvorwürfe – die Notwendigkeit, politische Systeme zu verstehen und die Komplexität politischer Auseinandersetzungen zugenommen haben.

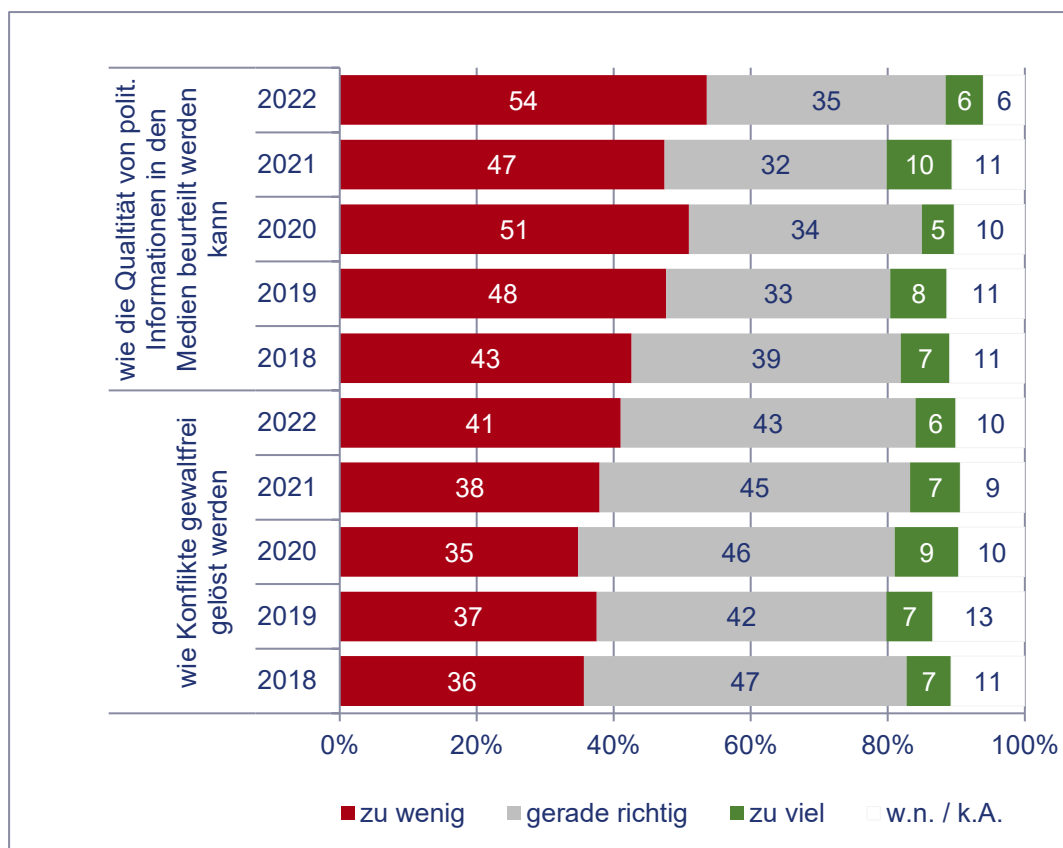
Im Bereich der Handlungskompetenz ist wiederum die Unzufriedenheit in Zusammenhang mit der weit verbreiteten Nutzung von Social Media als Quelle für politische Informationen angestiegen: Mehr als die Hälfte (54%) der 16- bis 26-Jährigen ist mittlerweile davon überzeugt, dass in der Schule die Vermittlung von Medienkompetenz zu kurz kommt (Abbildung 18).

Abbildung 17: Bewertung der Vermittlung von Sachkompetenz



Frage im Wortlaut: „Haben Sie (bislang) in der Schule zu viel, zu wenig oder in gerade richtigem Ausmaß gelernt, ...?“

Abbildung 18: Bewertung der Vermittlung von Handlungskompetenz



Frage im Wortlaut: „Haben Sie (bislang) in der Schule zu viel, zu wenig oder in gerade richtigem Ausmaß gelernt, ...?“

7 Zusammenfassung

Bereits zum fünften Mal berichtet die aktuelle Sonderauswertung des Demokratie Monitors, was junge Menschen über das politische System in Österreich denken und wo bzw. in welchem Ausmaß sie sich an demokratischen Prozessen beteiligen. Im Rahmen der aktuellen Erhebung wurden vom 7. September bis 21. Oktober 323 16- bis 26-Jährige mittels Telefon- und Online-Interviews befragt.

Hervor sticht, dass die Entspannung der Pandemielage für die jungen Menschen kaum Entlastung gebracht hat: Nach wie vor berichtet rund die Hälfte von einer Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit. Aufgrund der hohen Inflation sind derzeit noch mehr als im letzten Jahr von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Situation betroffen. Unter den Krisenfolgen leiden dabei jene jungen Menschen besonders stark, die bereits vor der Pandemie weniger Ressourcen hatten. Die anhaltende Dauer der Krisen führt wiederum dazu, dass auch immer mehr ressourcenstärkere 16- bis 26-Jährige von den Folgen betroffen sind.

Entlang dieser Rahmenbedingungen ist das Systemvertrauen gesunken: Derzeit ist weniger als die Hälfte der jungen Menschen davon überzeugt, dass unser politisches System gut funktioniert. Mit vier von zehn denken außerdem so viele 16- bis 26-Jährige wie noch nie seit Erhebungsbeginn 2018, dass die Demokratie in Österreich eher schwach ist. Der Vertrauenseinbruch macht sich vor allem bei den Institutionen der repräsentativen Demokratie bemerkbar: Jeweils weniger als die Hälfte der jungen Menschen vertrauen dem Parlament und der Bundesregierung.

Das Systemvertrauen wird dabei durch die Krisen gedämpft: Junge Menschen, die von deren psychosozialen oder finanziellen Folgen betroffen sind, haben weniger Vertrauen. Das Parlament ist darüber hinaus mit einer weiteren Herausforderung konfrontiert: Nur ein Drittel der jungen Menschen sieht sich und die eigenen politischen Anliegen dort vertreten. Dieses Repräsentationsdefizit steht in engem Zusammenhang mit dem geringeren Vertrauen in das Parlament.

Langfristig drückt ökonomische Unsicherheit auf das Vertrauen in das politische System: Über alle fünf Erhebungsjahre hinweg sind junge Menschen in finanziell prekärer Lage häufiger als ihre ressourcenstärkeren Alterskolleg:innen davon überzeugt, dass unser politisches System nicht gut funktioniert. Inzwischen denkt mehr als die Hälfte dieser jungen Menschen, dass die Demokratie in Österreich eher schwach ist.

Mit Blick auf die Mediennutzung gilt, dass Social Media Plattformen – allen voran Instagram – sich als wichtigste Quelle für den Bezug von politischen Informationen etabliert haben. Rund die Hälfte der 16- bis 26-Jährigen nutzt außerdem Zeitungen und im Vergleich zu den Vorjahren ist heuer das Radio wieder etwas wichtiger geworden. Die jungen Menschen bewegt dabei eine Vielzahl an politischen Themen, ihre dringendsten Anliegen sind die Teuerung, der Klimawandel und ökonomische Ungleichheit. Über Politik diskutiert rund die Hälfte zumindest einmal pro Woche mit der Familie, Freund:innen oder Kolleg:innen.

Die politische Beteiligung der jungen Menschen ist im Jahresvergleich konstant geblieben: Nach wie vor nehmen sie allen voran an Wahlen teil und sind in ihrem direkten Umfeld aktiv. Rund ein Fünftel ist außerdem ehrenamtlich engagiert, vor allem im sozialen Bereich sowie bei Blaulichtorganisationen. Ein knappes Fünftel der jungen Menschen hatte bislang keinen Kontakt zum Parlament – sie haben weder die Homepage oder Social Media aufgesucht noch eine Nationalratssitzung verfolgt, das Hohe Haus besucht, an der Demokratiewerkstatt teilgenommen oder mit einem:einer Politiker:in gesprochen.

Die schulische politische Bildung wird von den jungen Menschen nach wie vor kritisch bewertet. Heuer stellen sie jedoch noch einmal häufiger als in den Jahren zuvor fest, dass Schule zu wenig über das Funktionieren des politischen Systems und über das Führen politischer Debatten vermittelt – Wissen und Kompetenzen, die gerade in Zeiten multipler Krisen an Bedeutung zunehmen.

Literatur

- Ehs, Tamara / Zandonella, Martina (2021): Demokratie der Reichen? Soziale und politische Ungleichheit in Wien. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 47(1), 63-101. <https://journals.akwien.at/wug/article/view/51/38>
- Kapiriri, Lydia / Ross, Alison (2018): The politics of disease epidemics: A comparative analysis of the SARS, Zika, and Ebola outbreaks. In: Global Social Welfare, 7, 1-13.
- Krammer, Reinhard (2008): Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Kompetenzorientierte Politische Bildung. Informationen zur Politischen Bildung, Bd. 29.
- Schönherr, Daniel (2022): Jugend in der Krise. Lebens- und Arbeitszufriedenheit junger Menschen stürzt ab. Sonderauswertung des Arbeitsklima Index. <https://www.sora.at/nc/news-presse/archiv/news-einzelansicht/news/jugend-in-der-krise-1131.html>
- Shantz, Jeffrey (2010): Capitalism is making us sick: Poverty, illness, and the SARS crisis in Toronto. In: Advances in Medical Sociology, 11, 3-18.
- Statistik Austria (2022): Verbraucherpreisindex. <https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/preise-und-preisindizes/verbraucherpreisindex-vpi/hvpi>
- Zandonella Martina (2020): Demokratie Monitor 2020. https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2021/03/2020_SORA-Bericht-Oesterreichischer-Demokratie-Monitor-2020.pdf
- Zandonella Martina (2022): "So kann es nicht weitergehen!" Ö3-Umfrage zum Leben der 16- bis 25-Jährigen nach Jahren der Dauerkrise https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2022_OE3_SORA_GenKrise22_Praesentation.pdf
- Zandonella, Martina (2021): Follow-up zur psychosozialen Situation der WienerInnen während der Pandemie. <https://www.wien.gv.at/statistik/pdf/psycho-soziale-situation-sora-2.pdf>
- Zandonella, Martina / Hoser, Bernhard (2022): Zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher*innen während der Pandemie. https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/KOM_2022_SORA_22017_Bericht_Psychosoziale_Situation_der_O_1.pdf

Abbildungen

Abbildung 1: Psychische und finanzielle Folgen der Krisen	7
Abbildung 2: Einschränkungen im Alltag aufgrund der Teuerung	8
Abbildung 3: Verschlechterung der psychischen Gesundheit nach Auskommen mit dem Einkommen	9
Abbildung 4: Bewertung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems	10
Abbildung 5: Ist die Demokratie in Österreich eher stark oder eher schwach?	11
Abbildung 6: Bewertung der Demokratie nach Auskommen mit dem Einkommen	12
Abbildung 7: Institutionenvertrauen	13
Abbildung 8: Repräsentation im Parlament	14
Abbildung 9: Zumindest einmal wöchentlich genutzte Medien	16
Abbildung 10: Soziale Medien als Quelle für Informationen über Politik	17
Abbildung 11: Gespräche über Politik mit Familie, Freund:innen, Kolleg:innen	18
Abbildung 12: Die dringendsten politischen Anliegen der jungen Menschen	19
Abbildung 13: Visualisierung aller genannten politischen Anliegen	20
Abbildung 14: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation	22
Abbildung 15: Form der Organisation	23
Abbildung 16: Kontakt zu demokratischen Institutionen und Akteur:innen	24
Abbildung 17: Bewertung der Vermittlung von Sachkompetenz	26
Abbildung 18: Bewertung der Vermittlung von Handlungskompetenz	27